MITTELSTAND **ENTFESSELN**

30 Vorschläge zum Bürokratieabbau

www.**mittelstandsbund**.de

DMB DEUTSCHER MITTELSTANDS-BUND

Einleitung

Bürokratische Hemmnisse bremsen die Wachstums- und Investitionskraft mittelständischer Unternehmen: Komplexe Meldepflichten, Genehmigungsverfahren und umfangreiche Dokumentationspflichten binden Ressourcen und erschweren den Geschäftsalltag massiv. Über 85 Prozent der DMB-Mitglieder sehen Bürokratie als zentrales Hindernis. Kleine und mittlere Unternehmen sind besonders betroffen, da sie oft keine spezialisierten Verwaltungsteams haben und bürokratische Aufgaben zusätzlich zum Kerngeschäft stemmen müssen.

Hohe volkswirtschaftliche Belastung
Mittelständische Unternehmen verbringen jährlich etwa vier Wochen – rund sieben Prozent ihrer Arbeitszeit – mit bürokratischen Tätigkeiten, wie eine aktuelle KfW-Studie belegt. Viele Regelungen überschneiden sich oder widersprechen einander, was Innovationen, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit erheblich einschränkt. Das ifo Institut beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden durch ineffiziente Bürokratie auf bis zu 146 Milliarden Euro jährlich.

Praxisnahe Lösungen von DMB-Mitgliedern
Um den Mittelstand gezielt zu entlasten, hat der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) seine Mitglieder systematisch zu Herausforderungen und praktikablen Lösungsvorschlägen befragt. Über 200 Rückmeldungen mit authentischen Erfahrungen aus den Unternehmen flossen in das Positionspapier ein. Darauf basierend hat der DMB 30 Vorschläge zum Bürokratieabbau entwickelt. Die Vorschläge greifen die typischen Hemmnisse durch komplexe Vorgaben und administrative Hürden konstruktiv auf. Die Liste an regulatorischen Belastungen ließe sich an vielen Stellen weiterführen.

Zielgerichteter Bürokratieabbau für mehr Handlungsspielräume
Das Positionspapier zeigt Wege auf, wie Verwaltungsprozesse effizienter gestaltet, bürokratische Hürden abgebaut und unternehmerische Handlungsspielräume erweitert werden können. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen sollen kleine und mittlere Unternehmen spürbar entlastet und auf nationaler sowie internationaler Ebene nachhaltig gestärkt werden.

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e. V. / Grafenberger Allee 128 a, 40237 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 200525-0
www.mittelstandsbund.de

Ansprechpartner: Benjamin Schöfer / benjamin.schoefer@mittelstandsbund.de
Quellen: KfW-Research: Fokus Volkswirtschaft Nr. 493, 7. April 2025
ifo Institut: Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand, Oktober 2024
Stand: Oktober 2025

Inhalt

Digitalisierung & Verwaltungsmodernisierung 4

Statistik und Behördenmeldungen
Prozesse und digitale Verwaltung
DSGVO
Papier- und Schriftformerfordernisse
Beschäftigtendatengesetz
E-Rechnung

Finanzen & Unternehmensentwicklung 10

Steuer- und Abgabenrecht
Transparenzregister
Lohndaten
Förderprogramme
Kalte Progression
Unternehmensnachfolge
Unternehmensgründung

Bau & Genehmigungen 17

Öffentliche Ausschreibungen
Baugenehmigungen
Nachweispflichten bei Bauprojekten

Energiewende & Umwelt 20

Lieferkettengesetz
Entwaldungsverordnung
Photovoltaik im Gewerbe
Energieaudits
Verpackungsgesetz
F-Gas-Verordnung

Fachkräfte & Internationalisierung 26

Nachweispflichten im Export
Fachkräfteeinwanderung
Gold-Plating

Arbeit & Soziales 29

Krankmeldungen und Sozialabgaben
Scheinselbstständigkeit
Arbeitssicherheit und Arbeitnehmerschutz
Transparenz bei Gehältern
Betriebsbeauftragte

Ansprechpartner 34

1 Statistik und Behörden-meldungen: Meldelast senken, Digitalisierung nutzen

Viele mittelständische Unternehmen geben in der DMB-Befragung an, dass sie regelmäßig eine Vielzahl von statistischen Meldungen und Behördenberichten erbringen müssen. Dazu zählen beispielsweise Jahresabschlüsse, Personaldaten, E-Bilanzen, branchenspezifische Statistiken und Fahrzeugmeldungen. Die Prozesse sind häufig kaum digital unterstützt, komplex, zeitaufwendig und mit der Angst vor empfindlichen Sanktionen bei Verspätung verbunden. Die Erhebung vieler Daten ist redundant und selten werden die schon vorhandenen Daten aus anderen Verwaltungsquellen genutzt.

„Eine digitale Vernetzung mit automatischer Datenabfrage würde unseren Arbeitsalltag enorm erleichtern und uns von zeitraubenden, unnötigen Formularen entlasten."

Frank Bürger
Geschäftsführer BTB Baustoffe-Transporte GmbH

Der DMB fordert:

Statt paralleler Anfragen und Papierarbeit sollten Statistikämter und Behörden auf vollständige Digitalisierung und intelligente Datenabfrage setzen – automatisiert, einfach abrufbar, freiwillig wo immer möglich. Überflüssige oder bagatellhafte Statistiken müssen gestrichen, inhaltlich reduziert oder aus bestehenden Daten abgeleitet werden. Meldepflichten für firmeninterne Prozesse gehören abgeschafft. Eine einheitliche digitale Unternehmensidentität muss eingeführt werden, um Unternehmen eindeutig zu identifizieren und mehrfache Meldungen zu vermeiden. Die Kommunikation mit Behörden muss zentral über ein digitales Unternehmenskonto laufen, ergänzt durch realistische Fristen und vereinfachte, bedarfsorientierte Einzelfallprüfungen zur Entlastung der Unternehmen.

2 Prozesse und digitale Verwaltung: Doppelprüfungen vermeiden, Abläufe beschleunigen

Kleine und mittlere Unternehmen leiden unter langsamen und schwerfälligen Verwaltungsprozessen. In vielen Behörden sind Zuständige nur schwer erreichbar, Vorgänge bleiben aufgrund von Abwesenheiten oder fehlenden Vertretungsregelungen lange liegen. Gleichzeitig müssen Beamte ein enormes Volumen an Genehmigungen und Formularen bearbeiten, was Effizienz und schnelle Rückmeldung mindert. Für Unternehmen bedeutet dies vor allem Stillstand, oftmals monatelange Verzögerungen bei Genehmigungen, die spürbare Mehrkosten und Planungsunsicherheit erhöhen und nicht zuletzt Frust verursachen. Dies bremst zudem die Innovationsbereitschaft des Mittelstandes.

„Ständiger Personalwechsel, Abwesenheiten und mangelnde Erreichbarkeit in Behörden lähmen unsere Projekte. Eine Reform des Beamtenstatus würde dringend notwendige Effizienz schaffen."

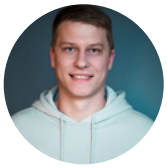
Holger Gaube
Architekt und Sachverständiger

Der DMB fordert:

Die Verwaltung muss strukturell entlastet und modernisiert werden. Bürokratische Hürden gilt es zu reduzieren, Prozesse zu digitalisieren und zu automatisieren sowie Doppelprüfungen zu vermeiden. Zusätzlich sollten flexible Beschäftigungsmodelle und Leistungsanreize eingeführt werden. Verbindliche Erreichbarkeits- und Vertretungsregelungen sorgen für eine kontinuierliche Prozessbearbeitung und Verlässlichkeit. So werden Behörden effizienter und mittelstandsfreundlicher, während Unternehmen schneller Planungssicherheit und Umsetzungsmöglichkeiten für Projekte erhalten.

3 **DSGVO:** Dokumentationslast senken, Umsetzung vereinfachen

Seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2018 stellt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) KMU vor Herausforderungen: umfangreichere Datenschutzbestimmungen und Nachweispflichten in Form von Verarbeitungsverzeichnissen, Einwilligungen und Auftragsverarbeitungsverträgen hemmen den regulären Geschäftsbetrieb. Neben diesen Opportunitätskosten entstehen weitere Kosten für externe Datenschutzbeauftragte. Des Weiteren werden Datenschutzpapiere häufig von Juristen für Juristen erstellt. Sie bieten aufgrund der rechtlichen Komplexität keinen nachvollziehbaren Erkenntnisgewinn für Kunden und Unternehmer.



„Für eine kleine GmbH ist der Dokumentationsaufwand zur DSGVO unverhältnismäßig hoch. Die ständige Angst vor Abmahnungen wegen kleiner Fehler lenkt vom Kerngeschäft ab. Das Gesetz ist für Großkonzerne gemacht, verursacht bei uns Unsicherheit und hohe Kosten durch komplexe Pflichten."

Tim Geisendörfer
Geschäftsführer InnoGE GmbH

Der DMB fordert:

Eine Vereinfachung der DSGVO und der nationalen Umsetzungsbestimmungen ist dringend erforderlich. In den Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten muss zudem klarer definiert werden, welche Anforderungen tatsächlich notwendig sind. Damit KMU sich weniger Sorgen um Formfehler und Abmahnungen machen müssen, sind Bagatellgrenzen sowie weitreichende Ausnahmen für Kleinst- und Kleinunternehmen einzuführen. Behörden sollten kostenfreie und rechtssichere Standardvorlagen anbieten.

4 Papier- und Schriftformerfordernisse: Digitale Wege nutzen, Bearbeitungszeiten verkürzen

In vielen Gesetzen und Verwaltungsverfahren ist weiterhin die „Schriftform“ mit eigenhändiger Unterschrift vorgeschrieben. Auch Genehmigungen und Freigaben in Behörden erfordern oft mehrere handschriftliche Unterschriften aus verschiedenen Abteilungen. Dies führt zu Verzögerungen, erschwert digitale Abläufe und hält Unternehmen in analogen Prozessen gefangen.

„Die Abschaffung von Papier- und Schriftformerfordernissen, die viele Gesetze noch vorschreiben, würde unsere Abläufe deutlich beschleunigen und die Digitalisierung voranbringen.“

Dennis Göwert
Geschäftsführer Mondo Minerals Deutschland GmbH

Der DMB fordert:

Die Schriftformerfordernisse für nicht-essenzielle Dokumente müssen abgeschafft und durch flexible Textformen ersetzt werden. Aus DMB-Perspektive gilt es, analoge Unterschriften bei nicht-essenziellen Dokumenten zu streichen, um digitale Prozesse zu ermöglichen. Dies erleichtert die digitale Kommunikation, verkürzt Bearbeitungszeiten und reduziert Bürokratie, ohne die Rechtssicherheit zu gefährden.

5 Beschäftigtendatengesetz: Bundesregierung muss für Rechtssicherheit sorgen

Ziel des geplanten Beschäftigtendatengesetzes ist es, Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen, wenn sie Beschäftigtendaten verarbeiten. Trotz eines Referentenentwurfs im Herbst 2024 konnte die Ampelkoalition eine Umsetzung nicht mehr durchsetzen. Die neue Regierungskoalition hat das Thema im aktuellen Koalitionsvertrag nicht aufgegriffen, sodass unklar bleibt, ob und wann das Gesetz kommt. Unternehmen stehen damit weiterhin vor erheblichen Unsicherheiten im Umgang mit Beschäftigtendaten, da der Prüfungs- und Dokumentationsaufwand durch europäische Gerichtsurteile deutlich gestiegen ist.

Der DMB fordert:

Die Bundesregierung muss kurzfristig für Rechtssicherheit sorgen und bürokratische Hürden abbauen, damit mittelständische Unternehmen digitale Personalprozesse effektiv und gesetzeskonform umsetzen können. Dafür braucht es pragmatische, praxistaugliche Leitlinien sowie Unterstützung für Unternehmen und Betriebsparteien, die einen sicheren Umgang mit Beschäftigtendaten ermöglichen.

6 E-Rechnung: Übergangsphase realistisch gestalten

Die verpflichtende Einführung der E-Rechnung gemäß der E-Rechnungsverordnung stellt insbesondere kleine Unternehmen vor große Herausforderungen. Die Umstellung auf neue Formate und digitale Prozesse verursacht erheblichen personellen und finanziellen Aufwand, da bestehende Buchhaltungssysteme grundlegend angepasst oder ersetzt werden müssen. Vorhandene Systeme sind oft nicht kompatibel, was zusätzliche Kosten verursacht. Für kleinere Betriebe sind die Anforderungen oft überproportional hoch, da sie kaum Personal für die administrativen Aufgaben einstellen können, die durch die Verordnung entstehen.

Der DMB fordert:

Die Komplexität der E-Rechnungspflicht muss möglichst gering gehalten und die Übergangsphase für KMU verlängert werden. Vor Ablauf der gesetzten Fristen sollten keine Sanktionen verhängt werden, solange die Umstellung noch nicht flächendeckend erfolgt ist. Kleinunternehmer benötigen praxisnahe Unterstützung und vereinfachte technische Anforderungen, damit der bürokratische Mehraufwand tragbar bleibt.

7 Steuer- und Abgabenrecht: Komplexität senken, Planbarkeit erhöhen

Mittelständische Unternehmen sind heute mit einer enormen Zahl an Melde- und Dokumentationspflichten konfrontiert, die sich über verschiedenste Behörden und Institutionen erstrecken – von Finanzverwaltung über IHK und Berufsgenossenschaften bis hin zu Kommunen und Beitragsdiensten. Die Folge sind Mehrfacherfassungen, uneinheitliche Schnittstellen sowie häufige, kleinteilige Änderungen mit unklaren Anforderungen. Kleinere Betriebe tragen dabei besonders hohe Koordinations- und Verwaltungskosten, was Zeit und Ressourcen von der eigentlichen Arbeit abzieht.

> „Ständige Änderungen im Steuerrecht erzeugen viel Abstimmungsaufwand. Einheitliche digitale Lösungen würden uns Zeit und Kosten sparen."
>
> **Benjamin Bulla**
> Inhaber Bulla Services Kampfmittelbeseitigung

Der DMB fordert:

Die Einführung eines zentralen, digitalen Unternehmensportals nach dem Once-Only-Prinzip muss erfolgen. Meldungen an verschiedene Institute sollen über dieses Portal laufen, wobei Unternehmensstammdaten einmalig erfasst und automatisch verteilt werden. Gesetzliche Anpassungen sollen gebündelt an festen Umsetzungszeitpunkten pro Jahr erfolgen – mit klaren Vorlauf-, Nichtbeanstandungsfristen und Übergangsregelungen. Die Anerkennung reiner digitaler Archive ohne Zwang zur Papierdokumentation (GoBD) und marktüblicher zertifizierter Software als revisionssicher müssen festgeschrieben werden. Außerdem brauchen wir harmonisierte Fristen, stabile digitale Schnittstellen und Prüfungen mit Augenmaß durch die Finanzverwaltung. Ziel ist es, die Doppelarbeit, Parallelarchivierung und administrative Last zu reduzieren und die Planbarkeit für Unternehmen deutlich zu verbessern.

8 Transparenzregister: Meldepflichten vereinfachen, Gebühren senken

Viele mittelständische Unternehmen beklagen den zusätzlichen bürokratischen Aufwand durch das Transparenzregister, das im Rahmen des Geldwäschegesetzes eingeführt wurde. Die Pflicht zur Eintragung und laufenden Datenpflege kostet Zeit und jährlich Gebühren – auch dann, wenn sich an den Angaben aus dem Vorjahr nichts ändert. Die Doppelung mit bestehenden Registern erhöht den Aufwand erheblich und erschwert insbesondere Kleinbetrieben die Gründungsphase, die laufende Geschäftsführung und Investitionen.

Der DMB fordert:

Durch eine Vereinfachung der Meldepflichten und Reduzierung der Gebühren müssen kleine und mittlere Unternehmen entlastet werden. Ein elektronisches, vollständig vernetztes Transparenzregister sollte künftig automatisch Daten aus anderen Registern übernehmen. Ziel sollte mehr Effizienz bei der Geldwäscheprävention sein – ohne zusätzliche Belastung für den Mittelstand und Start-ups.

9 **Lohndaten:** Doppelte Meldepflichten abschaffen

Viele mittelständische Unternehmen müssen dieselben Lohndaten mehrfach elektronisch an verschiedene Stellen melden – etwa an Sozialversicherungsträger, Arbeitsagenturen und Finanzämter – obwohl diese Daten den öffentlichen Stellen bereits vorliegen und abgerufen werden könnten. Hinzu kommt der hohe Aufwand bei der revisionssicheren Aufbewahrung von Lohnunterlagen, da neben der digitalen Archivierung auch die Papierform physisch aufgehoben werden muss. Insbesondere die Lohnschätzung durch Krankenkassen stellt eine zusätzliche bürokratische Hürde dar, die unnötigen Aufwand und Fehlbewertungen verursacht.

Der DMB fordert:

Zur Entlastung der Unternehmen muss ein automatisierter Datenaustausch zwischen Sozialversicherung, Arbeits- und Finanzämtern eingeführt werden. Mehrfachmeldungen müssen entfallen und die doppelte Aufbewahrungspflicht praxisgerecht reformiert werden. Zudem muss die Lohnschätzung abgeschafft oder vereinfacht werden, um kleine und mittlere Betriebe zu entlasten und Fehler zu vermeiden.

10 Förderprogramme: Vereinfachen und zentralisieren

Die Beantragung von Förderprogrammen ist oft ein undurchsichtiger Prozess: Zahlreiche Formulare, Nachweise und unterschiedliche digitale Plattformen auf EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene machen es gerade kleinen Unternehmen schwer, Gelder gezielt und rechtzeitig zu nutzen. Wer keine eigenen Förderspezialisten im Haus hat, muss viel Zeit investieren oder teure Beratungen in Anspruch nehmen.

> „Die aktuellen Antrags- und Nachweispflichten bei Förderprogrammen verursachen enormen bürokratischen Aufwand und sind dringend zu vereinfachen."
>
> **Tanja Peschke**
> Inhaberin Per-4 Tattoo & Piercing Studio

Der DMB fordert:

Einfachere, verständliche und zentralisierte digitale Lösungen sind notwendig, um den Zugang zu Förderprogrammen zu erleichtern. Diese müssen so gestaltet werden, dass auch kleine Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden Fördermittel leicht beantragen und verwalten können. Eigene Länderprogramme bleiben wichtig, sollten jedoch über eine einheitliche Plattform laufen – europaweit und deutschlandweit ist die Antrags- und Nachweisbürokratie konsequent zu entschlacken. Zudem sind Pauschalförderungen bei kleineren Summen zu ermöglichen, um den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Eine bundesweit zentrale digitale Plattform wurde bereits von der Bundesregierung angestoßen – jetzt ist die zügige Umsetzung entscheidend.

11 **Kalte Progression:** Inflation ausgleichen, Steuerbelastung stabil halten

Viele Selbständige sind von der „kalten Progression“ betroffen – einer schleichenden Steuererhöhung durch Inflation. Besonders jene, die Einkommensteuer zahlen, müssen trotz unveränderter realer Gewinne effektiv mehr Steuern entrichten. Ohne eine jährliche automatische Anpassung der Einkommensteuertarife, Freibeträge und Pauschalen steigen die Belastungen kontinuierlich, was die finanzielle Planbarkeit erschwert.

Der DMB fordert:

Um versteckte Mehrbelastung zu verhindern, sollte ein Mechanismus eingeführt werden, der Steuertarife und Freibeträge automatisch an die Inflationsrate anpasst – ein sogenannter „Tarif auf Rädern“. Dadurch bleiben Steuerbelastungen auch bei wirtschaftlichen Schwankungen stabil. Ein zusätzlicher Vorteil wäre der Wegfall von manuellen gesetzlichen Nachjustierungen, die in der Regel jedes zweite Jahr parlamentarische Ressourcen binden.

12 Unternehmensnachfolge: Verfahren beschleunigen

Die Nachfolgerlücke wächst durch den demografischen Wandel kontinuierlich. Der Nachfolgeprozess ist für viele mittelständische Betriebe mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Unternehmer müssen sich mit komplexen Genehmigungsverfahren, zahlreichen Meldepflichten und rechtlichen Anforderungen auseinandersetzen, die den Ablauf verzögern und erschweren. Die Vielzahl von Regularien auf verschiedenen Ebenen führt zu hohem Abstimmungsaufwand mit Behörden, Notaren und Beratern.

So kann sich die behördliche Prüfung etwa für gewerbliche Betriebsänderungen oder erforderliche Genehmigungen zur Betriebserweiterung über ein halbes Jahr bis zu zwölf Monaten hinziehen. Notarielle Beurkundungen und Abstimmungen mit Steuerberatern und Rechtsanwälten können Wochen oder Monate dauern, vor allem wegen der Terminvergabe und umfangreicher Prüfungen. Doppelregulierungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene führen zusätzlich zu erheblichen Verzögerungen.

„Die Unternehmensnachfolge wird im Mittelstand durch komplexe Formalitäten, unklare steuerliche Vorgaben und langfristige Genehmigungsverfahren oft unnötig erschwert. Weniger Bürokratie und klare Prozesse würden für langfristige Planbarkeit sorgen und die Leistung würdigen, wenn ein Unternehmen nach der Übergabe erfolgreich weitergeführt wird."

André von Bargen
Geschäftsführer WIKO TECHNIK

Der DMB fordert:

Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und digitalisiert werden, etwa durch Genehmigungsfiktionen und Fristverkürzungen. Vorschriften müssen harmonisiert, Doppelregulierung reduziert und ein befristeter Bestandsschutz für Unternehmensübernehmer eingeführt werden. Diese Maßnahmen reduzieren den bürokratischen Aufwand, beschleunigen Unternehmensübergaben und stärken die Nachfolgekultur im Mittelstand.

13 Unternehmensgründung: 24-Stunden-Anmeldung konsequent umsetzen

Gründungsprozesse sind in Deutschland weiterhin zeitaufwendig und kompliziert: Zahlreiche Formulare, analoge Behördengänge und unterschiedliche Plattformen verhindern, dass neue Unternehmen schnell und effizient starten können. Trotz digitaler Möglichkeiten lähmen langwierige Anmeldungen und fehlende Schnittstellen zwischen Ämtern den gesamten Prozess – ein echter Standortnachteil für den Mittelstand und für innovative Gründerinnen und Gründer.

„Von der Handelsregistereintragung bis zur Erteilung der Steuernummer vergeht in Deutschland oft so viel Zeit, dass der Gründungsgeist schon vor dem ersten Geschäft ausgebremst wird."

Marcel Krieb
Geschäftsführer valyze (pretium systems GmbH)

Der DMB fordert:

Die von der Bundesregierung angekündigte Einführung eines digitalen One-Stop-Shops, der Gründungen innerhalb von 24 Stunden ermöglicht, muss jetzt zügig und konsequent umgesetzt werden. Dazu ist die vollständige digitale Abwicklung aller Prozesse erforderlich – von der notariellen Beurkundung bis zur steuerlichen Anmeldung – auf einer zentralen Plattform, sowie ein nahtloser Datenaustausch zwischen allen Behörden.

14 Öffentliche Ausschreibungen: Verfahren vereinfachen, Hürden abbauen

Kleine und mittlere Unternehmen beklagen, dass öffentliche Ausschreibungen oft mit einem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand verbunden sind. Wiederholt müssen umfangreiche Eignungsnachweise, jahrealte Geschäfts- und Finanzzahlen, Referenzen und Zertifizierungen eingereicht werden – meist in Papierform oder in mehreren, nicht kompatiblen digitalen Systemen. Außerdem variieren Anforderungen von Ausschreibung zu Ausschreibung stark und werden tendenziell immer komplexer, sodass viele KMU nicht genügend Arbeitskraft aufbringen können, um gegen Konkurrenten zu bestehen.
Kleine Unternehmen haben beim Wettbewerb um Aufträge kaum Chancen: Die Anforderungen und Kosten drücken die Rentabilität, bewirken Überforderung und führen dazu, dass viele Angebote gar nicht erst abgegeben werden.

„Es behindert unser Geschäft, wenn wir bei einem Auftrag von 500 Euro immer wieder umfangreiche Geschäftszahlen und Referenzen aus den letzten drei Jahren über verschiedene kommunale Portale mit unterschiedlicher Software eingeben müssen."

Oliver Schneider
Geschäftsführer LABOR LEHMACHER | SCHNEIDER GmbH & Co. KG

„Bewerbungen für öffentliche Ausschreibungen sind sehr aufwändig und uneinheitlich. KMU brauchen deshalb eine klare Vereinfachung, um konkurrenzfähig zu bleiben."

Sebastian Abel
Geschäftsführender Gesellschafter Ingenieurgesellschaft Dr. Henne mbH

Der DMB fordert:

Vergabeverfahren für KMU müssen standardisiert und entbürokratisiert werden – etwa durch zentrale digitale Plattformen, einheitliche Formulare und Vorlagen sowie automatisierte Ausfüllhilfen (AutoFill). Direktauftrags- bzw. Schwellenwerte sollten angehoben werden, damit kleinere Unternehmen nicht durch europaweite Ausschreibungen unter Druck geraten. Bei der Bewertung müssen Qualität und Innovation stärker gewichtet werden statt allein der Preis. So werden Ausschreibungen fairer, effizienter und attraktiver für KMU.

15 Baugenehmigungen: Verfahren vereinheitlichen, Zuständigkeiten zentralisieren

Bauanträge, Baustellengenehmigungen und selbst kleinere Projekte müssen heute eine Vielzahl von Nachweisen und mehrstufigen Antragsprozessen durchlaufen. Unklare Zuständigkeiten, überbordende Details (z. B. durch die MVV TB oder zahlreiche Fachverordnungen) und schlecht ausgestattete Bauverwaltungen sorgen dafür, dass selbst einfache Hallen- oder Wohnungsbauten Monate oder gar Jahre auf eine Entscheidung warten müssen. Die Bearbeitung startet oft erst bei vollständigem Unterlageneingang; Einzelanforderungen verzögern den gesamten Ablauf. Der administrative Aufwand ist höher als der eigentliche Planungsprozess.

„Unklare Zuständigkeiten und lange Bearbeitungszeiten bei Neubauten und Nutzungsänderungen führen dazu, dass Investitionen immer wieder verschoben werden."

Dr. Martin Wenderoth
Geschäftsführer THOR GmbH

Der DMB fordert:

Einheitliche, digitalisierte Verfahren und zentrale Zuständigkeiten müssen die Planungs- und Genehmigungsprozesse im Bau deutlich beschleunigen. Die Einführung eines einstufigen Genehmigungssystems mit klaren Fristen schafft Planbarkeit und eliminiert unnötige Zwischenstufen. Bewährte Regelungen – z. B. die digitale Standardisierung von 2025 – sollten wieder stärker als Orientierung dienen. Sinnvolle Digitalisierung, zügige Behördenabstimmungen und die gezielte Personalausstattung der Bauämter helfen, Flaschenhälse zu vermeiden und Projekte effizienter umzusetzen.
Darüber hinaus müssen digitale, nutzerorientierte Plattformen für die koordinierte Antragstellung und Bescheidabwicklung eingeführt werden. Diese Plattformen sollten verbindliche Fristen setzen und automatische Rückmeldungen ermöglichen, um Transparenz zu erhöhen. Zudem ist eine Genehmigungsfiktion einzuführen, nach der Anträge als genehmigt gelten, wenn Behörden innerhalb der Frist nicht entscheiden. Stichtagsregelungen sollen gewährleisten, dass Antragsunterlagen bei geänderten gesetzlichen Vorgaben nicht erneut eingereicht werden müssen.

16 **Nachweispflichten bei Bauprojekten:** Anforderungen reduzieren, Planung erleichtern

Mittelständische Bauunternehmen sehen sich mit einer Flut neuer Nachweispflichten für öffentliche Ausschreibungen, Sicherheit, Naturschutz oder Energie konfrontiert. Die Zahl der Auflagen ist stetig gestiegen; Aufsichtspflichten werden zunehmend auf die Unternehmen abgewälzt. Die Vielzahl an Formularen, Zertifikaten und teils widersprüchlichen Vorgaben erschwert die Projektsteuerung und steigert den organisatorischen sowie finanziellen Aufwand erheblich. Gerade kleine Projekte leiden unter dem wachsenden Anspruchsniveau bei gleichbleibenden Bearbeitungszeiten.

Der DMB fordert:

Die Nachweispflichten sollten auf das Wesentliche reduziert und standardisiert werden: Ein Bauprojekt – eine nachvollziehbare Regel. Nebenbestimmungen und besondere Nachweismengen bei Zuschussverfahren sind zu vereinfachen. Nicht jede Spezialauflage ist praxisrelevant oder sollte auf Kosten der Bauherren eingeführt werden. Prüfprozesse müssen konzentriert und digital erfolgen und Behördenmitarbeiter sollten gezielt geschult werden, um Bürokratielasten und Kosten nachhaltig zu senken.

17 Lieferkettengesetz: Indirekte Berichtspflichten standardisieren

Das Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten zu einer jährlichen Berichterstattung über Sorgfaltspflichten. Obwohl kleinere Unternehmen formal nicht berichtspflichtig sind, sind sie als Zulieferer großer Unternehmen indirekt gezwungen, umfangreiche und stark variierende Fragebögen auszufüllen – was einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand bedeutet.

„Obwohl wir nicht in den Anwendungsbereich des Lieferkettengesetzes fallen, füllen wir regelmäßig als Lieferant für große Kunden umfangreiche, individuelle Fragebögen aus."

Frank Rustemeyer
COO HiSolutions AG

Der DMB fordert:

Eine gesetzliche Standardisierung der Berichtspflichten und Fragebögen, die für alle Unternehmen in Lieferketten gilt, ist erforderlich. Einheitliche, klar definierte und digital abrufbare Formulare helfen, den Aufwand zu senken und die Prozesse zu vereinfachen. Die Anforderungen sollten praxisnah gestaltet und auf das notwendige Maß reduziert werden, um Zulieferer nicht unnötig zu überfordern. Zudem ist die Schaffung eines digitalen Meldeportals anzustreben, das den reibungslosen Datenaustausch zwischen allen Beteiligten gewährleistet.

18 Entwaldungsverordnung: Null-Risiko-Kategorie einführen

Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) ist eine Verordnung zur Bekämpfung von Entwaldung und Waldschädigung weltweit. Sie soll künftig die Bereitstellung von Rohstoffen und Erzeugnissen in der EU verbieten, die nicht entwaldungsfrei sind. Entwaldungsfrei bedeutet, dass die Rohstoffe auf Flächen erzeugt wurden, die seit dem 31. Dezember 2020 nicht von Wald- in landwirtschaftliche Flächen umgewandelt wurden.

Ursprünglich sollte die Verordnung für mittlere und große Unternehmen am 30. Dezember 2025 und für Kleinst- und kleine Unternehmen am 30. Juni 2026 in Kraft treten. Die EU-Kommission hat angekündigt, die EUDR um ein Jahr verschieben zu wollen.

„EUDR, LkSG und Nachhaltigkeitsberichte sind komplexe Bürokratie, oft nicht direkt prüfbar und belasten auch kleinere Unternehmen indirekt durch Anforderungen von Kunden und Lieferanten."

Severin Oberdorfer
Geschäftsführer Hermann Armbruster GmbH

Der DMB fordert:

Kleine und mittlere Unternehmen sind durch die komplexen Nachweispflichten überfordert. Mittelständische Betriebe berichten zudem, dass Handelspartner zentrale Informationen wie Geodaten teilweise gar nicht bereitstellen wollen. Hier müssen Vereinfachungen geschaffen werden. Zudem muss eine Null-Risiko-Kategorie eingeführt werden, um den bürokratischen Aufwand für KMU beziehungsweise Zulieferer aus Ländern mit geringem Risiko illegaler Rodungen pauschal zu vereinfachen.

19 Photovoltaik im Gewerbe: Ein Antrag beim Netzbetreiber muss reichen

Unternehmen, die mit einer Photovoltaikanlage Strom erzeugen und diesen ins Netz einspeisen wollen, müssen einen wahren Melde-Marathon bewältigen: Anmeldung beim Netzbetreiber, Eintragung im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur, erneute Vorlage beim Netzbetreiber, dazu Gewerbeanmeldung und Meldung beim Finanzamt. Dieselben Daten müssen mehrfach übermittelt werden – ein hoher Zeitaufwand, der Investitionen in erneuerbare Energien unnötig verzögert.

Der DMB fordert:

Ein einziger Antrag beim Netzbetreiber muss ausreichen. Dieser sollte alle relevanten Meldungen automatisch an Bundesnetzagentur, Finanz- und Gewerbeamt weiterleiten. So wird der Aufwand für Unternehmen minimiert und der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt.

20 **Energieaudits:** Pflicht auf das Wesentliche beschränken

Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro bzw. einer Jahresbilanzsumme von mehr als 43 Millionen Euro müssen nach dem Energiedienstleistungsgesetz (EDL-G) mindestens alle vier Jahre ein Energieaudit durchführen. Diese Pflicht betrifft energieintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes und andere Unternehmen wie beispielsweise Dienstleister mit einem reinen Bürobetrieb gleichermaßen. Mit den regelmäßigen Energieaudits geht allerdings keine Pflicht einher, einzelne Effizienzmaßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Unternehmen, die aus wirtschaftlichen Gründen keine entsprechenden Maßnahmen umsetzen können, erscheint das Audit sinnlos.

„Das EDL-G sollte auf Produktionsbetriebe beschränkt werden, in denen Energieverbrauch eine hohe Relevanz hat, und die größten Einsparpotenziale bestehen."

Frank Rustemeyer
COO HiSolutions AG

Der DMB fordert:

Energieaudits müssen auf energieintensive Branchen beschränkt werden, in denen tatsächlich relevante Einsparpotenziale bestehen. Für Unternehmen ohne nennenswerten Energieverbrauch ist eine Auditpflicht unverhältnismäßig. Statt pauschaler Vorgaben braucht es zielgerichtete Regeln, die Aufwand und Nutzen in ein angemessenes Verhältnis bringen.

21 Verpackungsgesetz: Zeitintensive doppelte Meldungen abschaffen

Unternehmen, die verpackte Produkte in Deutschland in Verkehr bringen, müssen einen enormen bürokratischen Aufwand leisten. Neben der verpflichtenden Registrierung im zentralen Verpackungsregister müssen sie Lizenzverträge mit dualen Systemen wie Landbell abschließen, parallel Mengenmeldungen an mehrere Stellen übermitteln und umfangreiche Dokumentationspflichten erfüllen. Die Vielzahl der Pflichten, Fristen und Detailanforderungen führt zu einem hohen administrativen Aufwand, der insbesondere kleine Unternehmen stark belastet. Da die Verpackungsvorschriften in den EU-Ländern nicht einheitlich geregelt sind, entsteht für Unternehmen ein erheblicher Mehraufwand durch mehrfach notwendige Registrierungen und Lizenzierungen.

Der DMB fordert:

Für kleine Unternehmen muss eine Pauschaldeckelung der Gebühren und Meldepflichten eingeführt werden, um ihnen die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen zu erleichtern. Zudem sind die Meldepflichten zu bündeln und digitale, einheitliche Plattformen zu schaffen, die eine zentrale Registrierung, Meldung und Dokumentation ermöglichen. Auch praktikable Fristverlängerungen und die Abschaffung unverhältnismäßig hoher Strafen bei Meldefehlern sind notwendig.

22 **F-Gas-Verordnung:** Prüfung der Anträge beschleunigen

In Klimaanlagen von Fahrzeugen kommen häufig fluorierte Treibhausgase (F-Gase) zum Einsatz. Damit Unternehmen Fahrzeuge mit solchen Gasen exportieren können, verlangt die F-Gas-Verordnung eine sogenannte F-Gas-ID. Unternehmen berichten davon, dass der Zoll ohne diese ID keine Ausfuhr akzeptiert. Um eine solche ID zu erhalten, müssen sie sich im F-Gas-Portal der EU-Kommission registrieren. Die Kommission ist nach eigenen Angaben bestrebt, die Registrierungsanträge innerhalb von zehn Tagen auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen. In dieser Zeit steht das Export-Geschäft der Unternehmen still.

„Es wäre sinnvoll, Antragsteller nachweislich gestellter Anträge vorübergehend mit einer Bestätigung exportieren zu lassen."

Alexander Möllmann
Geschäftsführer Zollagentur Tuxhorn GmbH

Der DMB fordert:

Die Bestätigung und Prüfung der Anträge muss beschleunigt werden. Hierbei ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sinnvoll, um formale Prüfungen in Sekunden statt Tagen abzuwickeln. Zusätzlich braucht es eine pragmatische Zwischenlösung: Unternehmen müssen mit einer vorläufigen Eingangsbestätigung exportieren dürfen, bis die endgültige Registrierung vorliegt.

23 **Export:** Übermäßige Nachweispflichten abbauen

Insbesondere im Export sind Vorgänge durch unübersichtliche Nachweispflichten, lange Bearbeitungszeiten und unklare Zuständigkeiten geprägt: Zoll- und Ausfuhrgenehmigungen dauern Monate, zusätzliche Meldepflichten wie die Gelangensbestätigung oder AWV-Meldungen belasten Unternehmen trotz vollständiger Steuerangaben. Hinzu kommen aufwendige A1-Bescheinigungen für Auslandsreisen der Mitarbeitenden. Statt Planungssicherheit herrschen Unsicherheit, massiver Zeitaufwand und Frust.

„Die Ausfuhrgenehmigungen dauern Monate. Selbst für ein Gerät, das nur zur Wartung nach Deutschland zurückkommt, gibt es keinen schnellen Prozess."

Dr. Hubert Keller
CEO ci-tec GmbH

Der DMB fordert:

Die Bundesregierung muss eine umfassende Vereinfachung und Digitalisierung aller Export- und Verwaltungsvorgänge anstoßen. Dazu gehören ein zentrales Informationsportal mit klaren, verbindlichen Vorgaben, kürzere Bearbeitungszeiten bei Ausfuhrgenehmigungen und die Reduzierung von Doppelmeldungen (zum Beispiel bei Gelangensbestätigungen). Mehr Schnelligkeit, Verlässlichkeit und weniger Papierarbeit geben Betrieben die nötige Planungssicherheit und stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.

24 Fachkräfteeinwanderung: Verfahren müssen vereinfacht und digitalisiert werden

Wer Fachkräfte aus dem Ausland einstellen will, erlebt ein Bürokratiechaos: Fehlende Unterlagenlisten, unklare Anforderungen und eingeschränkte Öffnungszeiten der Ämter zwingen Arbeitgeber und Mitarbeitende zu mehrfachen Behördengängen. Visa-Verlängerungen dauern oft deutlich länger als angekündigt – ein Risiko für bestehende und angehende Beschäftigungsverhältnisse. Hinzu kommen überzogene Dokumentationspflichten: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verursachen Sprachtests weiterhin unnötige Papierberge für die Dokumentation. Das Ergebnis: Überbordende Formalitäten schrecken ausländische Fachkräfte ab, blockieren die Arbeitsmarktintegration und führen dazu, dass Unternehmen dringend benötigtes Personal verlieren.

Der DMB fordert:

Die Verfahren in Ausländerbehörden müssen deutlich vereinfacht und umfassend digitalisiert werden. Notwendig sind zentrale, transparente Dokumentensätze für Anmeldungen, verbindliche Bearbeitungsfristen sowie längere, arbeitnehmer- und arbeitgeberfreundliche Öffnungszeiten. Wiederholte Behördengänge müssen durch digitale Prozesse ersetzt werden. Aufgaben der Prüfung und Erklärung von Anträgen und Vorgängen müssen konsequent von den Behörden übernommen werden, nicht von den Arbeitgebern. So wird Deutschland für Fachkräfte attraktiver, Unternehmen gewinnen Planungssicherheit und die Integration in den Arbeitsmarkt kann effizienter und nachhaltiger gelingen.

25 **Gold-Plating:** Verschärfung von EU-Richtlinien begrenzen

EU-Richtlinien sollen einheitliche Rahmenbedingungen schaffen und die Regulierungskomplexität innerhalb der EU verringern. Die Umsetzung in nationales Recht liegt bei den jeweiligen Regierungen, die diese Gelegenheit jedoch nicht selten nutzen, um Auflagen in Bereichen wie Arbeits-, Umwelt- oder Datenschutzrecht zu verschärfen. Das sogenannte „Gold-Plating" – der Vergoldung von rechtlichen Mindeststandards – führt so zu zusätzlichen bürokratischen Pflichten, die insbesondere KMU belasten.

Der DMB fordert:

Um eine verschärfte Umsetzung von EU-Richtlinien zu vermeiden, bedarf es der Einführung einer Silver-Plating-Vorgabe. Sie soll sicherstellen, dass regulative Ergänzungen durch den nationalen Gesetzgeber auf ein bestimmtes Niveau beschränkt werden. Belastungen für KMU wären dadurch prüfpflichtig und nur unter klar definierten Bedingungen zulässig.

26 Krankmeldungen und Sozialabgaben: Digitales Meldeportal erforderlich

Arbeitgeber sehen sich mit einem unverhältnismäßigen Aufwand bezüglich Krankmeldungen und Sozialabgaben konfrontiert. Das Verfahren rund um die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) weist Verbesserungspotenzial auf: Für jede einzelne Meldung müssen Arbeitgeber oder Steuerbüros Abfragen starten, während die Übersicht mangelhaft ist und Abrechnungen lange dauern. Hinzu kommt ein Flickenteppich von über 150 Krankenkassen mit individuellen Anforderungen, kombiniert mit Doppelmeldungen an verschiedene Institutionen, was zu steigenden Kosten, Unsicherheit und erheblichem Zeitaufwand führt.

Der DMB fordert:

Ein zentrales, digitales Meldeportal, über das Krankmeldungen und Sozialabgaben einheitlich, automatisch und effizient abgewickelt werden. Doppelstrukturen müssen abgebaut, Abrechnungsprozesse vereinheitlicht und beschleunigt werden. So gewinnen kleine und mittlere Unternehmen Planungssicherheit, sparen Kosten und können sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.

27 Scheinselbstständigkeit: Nachweis ausreichend anerkennen

Die aktuellen Regelungen zur Scheinselbstständigkeit und zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) sind für viele Dienstleister nicht mehr zeitgemäß und verursachen erheblichen Mehraufwand. Statusfeststellungsverfahren sind kompliziert, langwierig und schaffen Unsicherheit für Auftragnehmer wie Auftraggeber. Flexible und moderne Arbeitsmodelle werden dadurch behindert. Selbstständige und Unternehmen verlieren wertvolle Zeit und Wettbewerbschancen, weil sie statt auf Projekte auf Bürokratie reagieren müssen. Planungssicherheit und Verlässlichkeit bleiben auf der Strecke.

„Die aktuellen Regeln zur Scheinselbstständigkeit behindern mich und meine Auftraggeber extrem. Ein klarer Nachweis über Sozialversicherung und Einkommenshöhe als Ausschluss von Scheinselbstständigkeit würde alles viel einfacher machen."

Dirk Freundel
Freiberuflicher Dipl.-Ing. (FH)

Der DMB fordert:

Klare, nachvollziehbare Kriterien für den Status „selbstständig" müssen geschaffen werden. Ein staatlich anerkannter Nachweis der Kranken- und Rentenversicherung sowie ein mehrjähriges zu versteuerndes Einkommen mindestens in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns sollen als sichere Indikatoren für Selbstständigkeit ausreichen. Ein schlankes Zertifikatverfahren zur Statusbestätigung würde Bürokratie reduzieren, Transparenz schaffen und Auftraggeber sowie Selbstständige vor rechtlichen Risiken schützen.

28 Arbeitssicherheit und Arbeitnehmerschutz: Praxistauglichkeit prüfen, Flexibilität schaffen

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich oft mit einer Vielzahl von Vorgaben konfrontiert, die nur bedingt auf den Arbeitsalltag zugeschnitten sind. Dazu gehören verpflichtende Sicherheitsschulungen ohne konkreten Praxisbezug, starre Dokumentationspflichten oder minutengenaue Arbeitszeiterfassung trotz funktionierender Vertrauensarbeitszeit. Selbst Schriftformerfordernisse wirken in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt oft veraltet.

Diese Regelungen führen zu erheblichem Verwaltungsaufwand, ohne die Arbeitssicherheit oder den Schutz der Beschäftigten spürbar zu erhöhen.

„Zu viele Vorschriften ersticken Kreativität und Teamgeist. Vertrauen statt Kontrolle fördert Engagement und Zusammenhalt – das stärkt echte Unternehmenskultur."

David Steeb
Geschäftsführer b13 GmbH

Der DMB fordert:

Vorschriften und Nachweispflichten müssen konsequent auf ihre Sinnhaftigkeit und Praxistauglichkeit überprüft und wo möglich flexibilisiert werden. Im Bereich der Arbeitszeiterfassung muss die Vertrauensarbeitszeit gestärkt werden. Schriftformerfordernisse sind vollständig durch digitale Verfahren zu ersetzen. Prüf- und Dokumentationsintervalle – etwa bei Arbeitssicherheit oder Schulungen – sollen auf das notwendige Maß reduziert werden. Ziel ist es, kleine und mittlere Unternehmen von unnötiger Bürokratie zu entlasten, ohne bestehende Schutzstandards infrage zu stellen.

29 Transparenz bei Gehältern: Digitale Lösungen müssen praxisnah unterstützen

Ab Juni 2026 verpflichtet die EU-Entgelttransparenzrichtlinie die Mitgliedstaaten, nationale Regelungen zu schaffen, um Lohndiskriminierung von Frauen zu bekämpfen und mehr Gehaltstransparenz herzustellen. Diese Regelungen bringen umfangreiche Berichtspflichten mit sich – darunter die Pflicht zur erweiterten Gehaltsoffenlegung und in bestimmten Fällen die Verlagerung der Beweislast bei Lohndiskriminierung.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stehen vor erheblichen Herausforderungen: Viele Prozesse sind noch nicht digitalisiert und die neuen Anforderungen gehen über bisherige nationale Regelungen hinaus. Der zusätzliche Dokumentations- und Organisationsaufwand bindet personelle Ressourcen und erhöht die administrativen Kosten. Zugleich verlangen Beschäftigte und Bewerbende zunehmend nachvollziehbare und faire Gehaltsstrukturen. Dies verstärkt den Handlungsdruck auf KMU, die die Transparenzanforderungen technisch und organisatorisch umsetzen müssen, ohne dabei unverhältnismäßig belastet zu werden.

Der DMB fordert:

Bei der Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in nationales Recht muss die besondere Situation aller kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) konsequent berücksichtigt werden. Bürokratische Belastungen müssen so gering wie möglich gehalten, digitale Lösungen praxisnah eingesetzt und Mehrfachmeldungen vermieden werden, um die Transparenzpflichten effizient umzusetzen und gleichzeitig KMU Planungssicherheit zu geben.

30 **Betriebsbeauftragte:** Pflicht aufheben oder flexibilisieren

Die Vielzahl der Arten und die Komplexität der Aufgaben bei Betriebsbeauftragten überfordern KMU – von Datenschutz und Umweltmanagement bis hin zu Arbeitssicherheit. Diese Verpflichtungen verursachen erheblichen Verwaltungs- und Schulungsaufwand und binden wertvolle Ressourcen. Zudem fehlt ein klar geregelter Rahmen, der Pflichten, Verantwortlichkeiten und den Schutz der Beauftragten eindeutig definiert, was zusätzliche Unsicherheiten schafft.

Der DMB fordert:

Um KMU finanziell und organisatorisch zu entlasten, sollte die Pflicht zur Bestellung von Betriebsbeauftragten aufgehoben oder deutlich flexibilisiert werden. Statt starrer Vorgaben sollen Unternehmen die Freiheit erhalten, eigenverantwortlich und bedarfsorientiert geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen zu treffen. So können Bürokratiekosten deutlich reduziert und betriebliche Abläufe effizienter gestaltet werden.

Ihre Ansprechpartner

Matthias Bianchi
Leiter Public Affairs

matthias.bianchi@mittelstandsbund.de
+49 211 200525-35

Sie haben inhaltliche Fragen?

Benjamin Schöfer
Referent Wirtschaft und Politik
Fachbereiche Finanzen & Nachfolge

benjamin.schoefer@mittelstandsbund.de
+49 0211 200525-37

Pressekontakt

Maximilian Flaig
Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

maximilian.flaig@mittelstandsbund.de
+49 0211 200525-32

Sie führen ein Unternehmen?
Ihre Stimme zählt – berichten Sie von Ihren bürokratischen Hürden und erfahren Sie mehr unter: www.mittelstandsbund.de/buerokratie

Der DMB – die Stimme für den Mittelstand

Ihre Interessen sind unsere Mission: Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) setzt sich seit mehr als 40 Jahren für die politischen Belange kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Freiberuflern und Selbstständigen ein. Mit 33.000 Mitgliedsunternehmen und über 800.000 Beschäftigten gehört er zu den größten unabhängigen Interessen- und Wirtschaftsverbänden Deutschlands.

Der DMB macht politische Entscheidungen für seine Mitglieder transparent und verständlich, fördert mittelstandsfreundliche Gesetze und politische Rahmenbedingungen, die Wachstum und Innovation ermöglichen. Wir geben kleinen und mittleren Unternehmen eine starke Stimme und vertreten ihre Interessen in der Öffentlichkeit.

DMB DEUTSCHER MITTELSTANDS-BUND

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V. / Grafenberger Allee 128 a, 40237 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 200525-0 / Fax: +49 (0)211 200525-99 / info@mittelstandsbund.de / www.mittelstandsbund.de